

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Hauptzollamts und des Bezirkschulamts zu Waagen sowie des Finanzamts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindebehörden bestellbar bestimmte Blatt



Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt - Heimatkundliche Beilage - Frau und Heim - Landwirtschaftliche Beilage - Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. - Postfachkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandskassette Bischofswerda Konto Nr. 64

Verkaufspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: fünf bis sechs halbmännlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Verkaufspreis: Amt Bischofswerda Nr. 644 und 645. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten - hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Abdruckpreis: Die 46 mm breite einpaltige Millimeterzeile 6 Rpl. Im Zeitlich der 90 mm breite Millimeterzeile 25 Rpl. Nachtrag nach den gesetzlich vorgeschriebenen Sätzen. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. - Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 286

Sonnabend, den 8. Dezember 1934

89. Jahrgang

Tageschau.

• Reichsinnenminister Dr. Frick sprach am Freitag in Weimar, wobei er sich mit besonderem Nachdruck zum Streit in der deutschen evangelischen Kirche äußerte.

• Wie die „Times“ berichtet, hat sich die britische Regierung wegen der Entsendung von Sicherheitskräften für das Saargebiet an die Regierungen Italiens, der Niederlande, Schwedens und der Schweiz gewandt. Die italienische Regierung hat bereits zugestimmt, die Schweiz hat die Entsendung von Truppen abgelehnt.

• Die Massenschwärzungen von Ungarn durch die jüdische Regierung haben in der englischen Presse einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht.

• Im „Echo de Paris“ kritisiert Paris die Haltung des französischen Außenministers während der Aushandlung am Freitag. Sogar die Vermittlungsversuche gingen zu weit, da Frankreich nicht Gefahr laufe, die Freundschaft der kleinen Entente zu verlieren.

Nach einer Hausansammlung soll die Veröffentlichung des französisch-jugoslawischen Abkommens in Kürze bevorstehen.

• Von den Sowjetmächten lagen bis Freitag die Wahlergebnisse von 68 Prozent der Landgemeinden und von 214 Städten vor. Von den Gewählten gehörten in den Landgemeinden 18,6 Prozent und in den Städten 38,4 Prozent der kommunistischen Partei an.

• Blättermeldungen aus Neapel zufolge, soll der frühere Sträfling Robert Widny auf dem Sterbeshelge gestanden haben, das Lindbergh-Baby entführt und getötet zu haben.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Laval und Litwinow.

Dass weder Dr. Beneš noch Litwinow die reibungslose Annahme des Dreier-Ausschuss-Berichtes in Genf pöbte, zeigen ihre Bemerkungen. Man braucht ihnen keine sonderliche Bedeutung beizulegen, aber ihr Eintreten für die Statusquosisten spricht für sich. Inzwischen hat Herr Litwinow mit Herrn Laval einige Briefe gewechselt. Sie sind noch nicht veröffentlicht worden und sie werden wohl auch nicht in voller Naturtreue veröffentlicht werden, aber ihr Inhalt ist ausdrücklich bekanntgegeben worden und besagt, dass Rußland und Frankreich mit keiner dritten Macht Verträge abzuschließen gedenken, die das Gebilde des Ostpakt-Planes berühren. Das ist eine sehr weitgehende Bindung. Sie fettert Frankreich an Rußland, sie erschwert eine europäische Politik und liegt wohl im Zuge des alten Planes Barthous. Wir müssen es den Franzosen überlassen, wie sie sich binden. Aber es liegt nicht im Interesse einer europäischen Befriedung, wenn man durch dieses enge Zusammengehen des Bolschewismus mit der französischen Groß-Bourgeoisie glaubt, alle anderweltigen Versuche, zum Frieden zu kommen und ihn zu sichern, ablehnen zu müssen. Zunächst werden die Vorgänge im Sowjetparadies, wo die Regierung nicht nur daran geht, durch die Rote Armee die inneren Gegner ins Grab zu legen, sondern auch in weltproletarischen und weltrevolutionären Deklamationen macht, den Glauben an die Bündnisfähigkeit dieser Republik sehr erschüttern. Kein Staat wird bolschewistische Truppen als eine Truppe des Völkerbundes ansehen wollen, da der Befehlshaber anstehend wirkt. Damit entfällt eine der merkwürdigsten Konstruktionen der französischen Diplomatie, nämlich eine Armee des Völkerbundes, die aus den verschiedensten Heeren der Nationen eben dieses Völkerbundes selbst gebildet werden und angeblich den Krieg vermeiden soll. Mit bolschewistisch verfeindeten und fanatisierten Truppen wird nicht einmal der französische Generalstab im gleichen Verbände exerzieren, selbst dann nicht, wenn die französischen Truppen in der Ueberzahl sind. Was aber für Frankreich gilt, gilt ebenso für den Osten.

Polen hatte allerlei Vorbehalte auf dem Doumergues-Plan angemeldet. Sie ergeben sich aus der Lage Polens und aus der Lage Rußlands an der Peripherie dieses Erdteils. Oberst Bed, der polnische Außenminister, hat trotz Laval entgegenkommender Worte vermieiden, zur Völkerbundstagung nach Genf zu kommen, denn die jüngsten Ereignisse nicht nur in Moskau haben die polnischen Vorbehalte stark unterstrichen und diejenigen, die Polen noch machen wird, von vornherein gerechtfertigt. Es ist überhaupt, obwohl Laval und Litwinow ein kollektives Paktssystem wollen, keine Sicherung in diesem System selbst, da schon die ihm zugehörigen Staaten im Völkerbund niemals einig sind und da ein solches Paktssystem nur bezweckt, die Vorherrschaft Frankreichs in Europa höchstens mit Rußland zu teilen, alle anderen Staaten aber in die zweite Reihe zu drängen. Italien hat sich zwar dem System angeschlossen, aber schon England will aus ihm keinerlei Verpflichtung für sich übernehmen, während es doch den Locarnovertrag neuerdings wieder anerkennt. Wenn daher Laval sich an Litwinow bindet und trotzdem hofft, Deutschland werde dem Pakt beitreten,

dann kann man zunächst darauf hinweisen, daß unsere letzte Rolle an die französische Regierung noch gar nicht beantwortet ist und daß es für zwei Großmächte wie Deutschland und Polen keine Verhandlungen geben kann, in denen Frankreich und Rußland diktieren.

Doch ein neuer Friedensplan Mussolinis.

London, 8. Dezember. (Fig. Funtmeldg.) Das Abendblatt „Star“ spricht trotz des kürzlichen italienischen Demen-

Die Völkerbundsansprache über den Marzeller Königsmord.

Genf, 7. Dezember. Nach vielem Hin und Her ist der Völkerbundsrat am Freitag doch zu seiner mit Spannung erwarteten Sitzung zusammengetreten. Kurz vor 15 Uhr waren Saal und Tribüne außerordentlich stark besetzt; auch der ungarische Außenminister wohnte der Sitzung bei. Den Vorsitz führte der Portugiese Basconellos.

Außenminister Jestsich

sprach als erster. Mit Recht habe sich eine starke Stimmung gegen diejenigen gewandt, die die Königsmörder durch ihre moralische Unterstützung befähigt haben, ihre finstere Tat zu vollbringen. Er sei sich bemüht, daß eine derartige Anschuldigung als ungewöhnlich scharf erscheinen müsse.

Dann ging der jüdisch-slawische Außenminister auf die Einzelheiten der gegen Ungarn gerichteten Anschuldigungen ein. Die terroristischen Anschläge, die Südslawien zur Anzeige bringe, seien nur der Ausdruck einer in Ungarn organisierten und genährten Verschwörung gegen die Unversehrtheit und Sicherheit des jüdisch-slawischen Staates gewesen. Südslawien habe deshalb nicht zulassen können, daß eine Handlung, die sich unmittelbar gegen seine Einheit und Sicherheit richtete, als Frage allgemeiner Natur verkleidet wurde, als eine abstrakte und unpersönliche Frage, die so behandelt worden wäre, als ob weder die Ursprünge noch das Endziel genügend bekannt und bewiesen wären. Trotzdem hätte die jüdisch-slawische Regierung nichts dagegen einzuwenden, wenn diese Ansprache gegen die Unterdrückung der Terroristendrohungen und auf ein allgemeineres Gebiet getragen wird, um so den Abschluß eines internationalen Abkommens vorzubereiten, das an die Stelle des fehlenden guten Willens gewisser Regierungen trete, damit sie an der Unterdrückung der terroristischen Handlungen auf ihrem Grund und Boden mitarbeiten.

Die ungarische Regierung habe wissen müssen, daß sich gewisse Behörden mit den in Ungarn ansässigen terroristischen Elementen eingelassen hätten. Aus einer erneuten Aufzählung der in der jüdisch-slawischen Denkschrift bereits geäußerten Argumente zog Jestsich wiederum die Schlussfolgerung, daß das Attentat von Marzelle das logische Endergebnis der von der ungarischen Regierung auf ihrem Boden geduldeten verbrecherischen Umtriebe sei. Er erhob gegen Ungarn die weitere Anklage, daß auf seinem Gebiet nach dem Marzeller Attentat keine Feststellungen hätten getroffen werden können.

Der tschechoslowakische Außenminister und auch der Außenminister Rumaniens schlossen sich den Erklärungen Jestsichs an.

Die Antwort des ungarischen Vertreters.

Liboro Eckardt, der Vertreter Ungarns, ergriff hierauf das Wort zu ausführlicher Erwiderung. Er ging davon aus, daß seit Wochen ein heftiger Fehdezug gegen die Ehre der ungarischen Regierung betrieben werde und stellte dem die maßvolle Haltung Ungarns, das sich grundlos angegriffen fühle, gegenüber. Die jüdisch-slawische Presse habe sofort nach Marzelle ihre Kampagne begonnen und die jüdisch-slawische Regierung sei zur Ausweisung ungarischer Staatsangehöriger geschritten, deren Gesamtzahl in der letzten Woche sich auf 2000 belaufen habe.

Ferner stellte Eckardt fest, niemals habe sich eine solche oder militärische Behörde mit der terroristischen Ausbildung von Emigranten beschäftigt, niemals hätten Emigranten von zivilen oder militärischen Behörden Waffen oder Explosivstoffe erhalten, und niemals seien ihnen Geldmittel geliefert worden. Ungarn habe keine Verschwörung gegen Südslawien angezettelt oder unterstützt. Die jüdisch-slawische Denkschrift erwähne nur die Attentate, die von Kroaten ausgeführt wurden. Das seien nicht die einzigen auf jüdisch-slawischem Boden gewesen. Das Unrecht, das Ungarn den Rußländern gewährt habe, sei nicht über die allgemein anerkannten Grundsätze hinausgegangen. Der Rödler Georgeff sei niemals in Ungarn gewesen, keine Vorbereitungs-

As von einem neuen Friedensplan Mussolinis, der in einem gegenseitigen Nichtangriffspakt für ganz Europa bestehe. Der diplomatische Mitarbeiter des Blattes hofft eine solche Entwicklung für bedeutsam, da die Ansicht bestehe, daß der französische Plan eines Ost-Locarno festzulegen werde. Mussolinis Plan werde umfassen: einen allgemeinen europäischen gegenseitigen Nichtangriffspakt, einen Plan für politische Beratungen zwischen allen Nationen, ein Netzwerk von Vergleichsabmachungen zwischen zwei Nationen sowie vielleicht eine Klausel, die sich mit europäischer wirtschaftlicher Zusammenarbeit befaße.

handlung sei auf ungarischem Boden ausgeführt worden, nicht einmal von den Statisten des Marzeller Attentats.

Die wahren Ursachen des Attentats seien in der innerpolitischen Lage Südslawiens zu suchen.

Der ungarische Revisionismus, gegen den sich die Aktion der kleinen Entente im Grunde genommen richte, sei gerade das Gegenteil von Terrorismus. Es sei ein Mittel konstruktiver Friedenspolitik. Ueberdies gehöre Kroatien nicht zu den Gebieten, auf die sich der ungarische Revisionismus richte.

Lewski Rády-Be

gab im Rahmen der Balkan-Entente eine Erklärung ab, in der gefordert wird, daß das Doppelattentat von Marzelle, das sich an so viele andere anreize und einen anarchischen Zustand in Europa geknüpft habe, völlige Aufklärung finde, und daß die internationale Zusammenarbeit zur Unterdrückung des Terrorismus organisiert werde.

Außenminister Titulescu

meinte, die kleine Entente werde zu der Aushandlung des ungarischen Vertreters, der jüdisch-slawische Schritt sei ein politisches Manöver, Stellung nehmen. Man könne Staatsmänner ermorden, man könne Könige ermorden oder mit dem Mord bedrohen, aber die Lebenden hätten das Recht, sich zu verteidigen.

Außenminister Dr. Beneš

führte aus: Die Tschechoslowakei und Rumänien hätten sich dem jüdisch-slawischen Schritt ausdrücklich und vollinhaltlich angeschlossen, da sie sich von den gleichen Umtrieben bedroht fühlten. Im Jahre 1929 sei ein ähnlicher Anschlag gegen den Bestand des tschechoslowakischen Staates an der Nordgrenze Ungarns vorbereitet worden. Das Material der jüdisch-slawischen Denkschrift gegen Ungarn sei erdört. Beneš stellte dem Verhalten Ungarns die tschechoslowakische Praxis in der Gewährung des Asylrechtes für politische Emigranten als Vorbild gegenüber. (Und was dürfen die „deutschen“ Judenemigranten alles in Prag treiben? D. Schriftl.) Es sei abwegig, wenn Ungarn versuche, die Ansprache durch Ausdehnung auf frühere Vorkommnisse oder auf andere Länder zu erweitern oder auf die innenpolitische Lage Südslawiens abzustellen. Es sei eine der großen Folgen des Weltkrieges, daß das Nationalitätsprinzip auf Mitteleuropa angewandt worden sei. (Wo denn, wo denn? In Deutschböhmen? In Nordungarn? In Tschechien? D. Schriftl.) Die Kräfte, die Ungarn unterstützen, richten sich gerade gegen die Verwirklichung dieses Prinzips.

Die nächste Sitzung findet am Sonnabend um 15 Uhr statt.

Englands Verhalten im ungarisch-südslawischen Streit.

London, 8. Dezember. (Fig. Funtmeldg.) Wie der Genfer „Times“-Korrespondent feststellt, hat die britische Abordnung in Genf bei der Erörterung des ungarisch-südslawischen Streitfalles sich bisher an den Erörterungen über Verfahren und Politik nicht beteiligt. Aber eben werde später in die Ansprache eingeleitet. Gegenwärtig seien die britischen Vertreter davon überzeugt, daß die juristische und die politische Seite der Sache sorgfältig voneinander getrennt werden müssen und daß keine zweckmäßigen Beschlüsse gefaßt werden könnten, bevor die an anderen Stellen geführte Untersuchung des Marzeller Verbrechens beendet sei.

Nach der Meinung des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ ist eine Formal vorbereitend worden, die an den Völkerbundsrat die Aufforderung richte, zu wissen, nicht näher bezeichneten Behörden in Ungarn einen scharfen Tadel auszusprechen. Der Korrespondent will wissen, daß Baron Klotz den Ungarn raten werde, diesen „unbegrenzten Tadel“ ohne überflüssigen Protest anzunehmen.